

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksopposition

3. Jahrgang

Wien - Graz, August 1931

Nummer 15

Die revolutionären Möglichkeiten in Deutschland und die Taktik der KPD.

Die Konferenz von London hat mit demselben Mißerfolg geendet, wie Paris und Chequers. Das internationale Kapital hat es brüskt abgelehnt, durch weitere Kredite oder Anleihen das Risiko, das sie bisher auf sich genommen hat, noch zu vergrößern.

Das einzige, was zustande kam, war die Verpflichtung der Gläubiger, ihre Kredite aus Deutschland nicht abzuberufen, eine höchst platonische Verpflichtung, da durch die Verkündung des Auslands-Moratoriums ein Abberufen dieser Milliarden ohne dies praktisch unmöglich ist.

Innerhalb der deutschen Bourgeoisie steigt die Verwirrung. Der regierende Flügel der Bourgeoisie, die Handelsbourgeoisie, die Kali-, chemische und Elektroindustrie und ihre politische Vertretung, die Brüning-Diktatur, sucht frampfhaft den Weg der Kapitulation vor Frankreich. Sie ist sich darüber im Klaren, daß die „aktive Außenpolitik“, die mit der deutsch-österreichischen Zollunion begann und die zur Sprengung der kleinen Entente führen sollte, zusammengebrochen ist.

Aber sie fürchtet gleichzeitig die offene Kapitulation. Denn schon wartet der oppositionelle Flügel der Bourgeoisie, die Schwerindustrie, die den Faschismus kommandiert, darauf, die Macht zu übernehmen, um die „aktive Außenpolitik“ fortzusetzen und durch inflationistische Methoden den durch Uebererschuldung drohenden Bankrott ihrer Betriebe abzuwehren.

Werden aber die proletarischen, Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen eine neue Inflation ruhig hinnehmen? Vermag sich überhaupt der schwer erschütterte deutsche Kapitalismus ohne Hilfe der kapitalstarken französischen Bourgeoisie zu halten?

Hat die Politik der Brüning-Diktatur die tiefste Erbitterung hervorgerufen, so droht die Politik der „nationalen Opposition“ die allgemeinen Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie noch zu erhöhen.

So wachsen denn in beiden Lagern der Bourgeoisie die Stimmen, die der „nationalen Konzentration“, der Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte gegen das Proletariat das Wort reden, um in einer neuen Generaloffensive gegen das Proletariat jene Milliarden einzusparen, die notwendig sind, um die Schulden an das ausländische Kapital zurückzuzahlen.

In den vergangenen 14 Tagen, in denen der Zusammenbruch der Danatbank, die Schließung der Banken und Sparkassen, die Notverordnungen am laufenden Band und schließlich die Aufhebung der Pressefreiheit mit Wunsch der Preußenregierung erfolgte, sind die arbeitenden Massen bis aufs Tiefste aufgewühlt worden. Sie erleben täglich und stündlich wie das ganze System der kapitalistischen Herrschaft ins Wanken geriet. Das Vertrauen zu der

Fähigkeit der bürgerlichen Klasse, die Massen auch nur vor dem nackten Hunger zu bewahren, zerfiel. Die Unsicherheit — was bringt der morgige Tag? — erreichte einen Grad, wie in den schärfsten Krisenstadien 1923.

Augenblicklich ist äußerlich scheinbare Beruhigung eingetreten. Aber es ist nur die Ruhe vor dem Sturm. Wird es der große revolutionäre Sturm werden, der das kapitalistische System hinwegfegt?

Man muß es mit aller Klarheit aussprechen: das Bedrohlichste in der gegenwärtigen Situation ist der wachsende Widerspruch zwischen der Unzufriedenheit und der Passivität der Massen. Die Massen warten. Sie warten darauf, daß ihnen die Kommunisten den Weg zeigen. Sie stimmen der Kritik, den Argumenten und den Reden der kommunistischen Agitatoren begeistert zu. Aber das, worauf sie warten, sind die konkreten Maßnahmen, die sie unmittelbar ergreifen müssen, um ihre unerträgliche Lage zu verbessern.

Die Linke Opposition trat in ihrem Aufruf an die Partei klar und deutlich ausgesprochen, was das Gebot der Stunde ist:

„Was jetzt not tut, das ist die sofortige Herstellung der revolutionären Einheitsfront des gesamten Proletariats, die Bildung von proletarischen Aktionsausschüssen. Mit dem Kampf um die Kontrolle der Produktion muß das revolutionäre Proletariat den Kampf um die Macht im Staate, um den Sozialismus einleiten.“

Gleichzeitig veröffentlichte die Linke Opposition auch die Rotforderungen, die gegenwärtig die Sammelbasis zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront bilden müssen.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Führung der KPD. den entgegengesetzten Weg eingeschlagen: sie beschloß am 22. Juli die Beteiligung der Partei an dem von den Faschisten eingeleiteten, Volksentscheid zur Auflösung des preussischen Landtages. Dieses taktische Abenteuer hat auf die reformistischen Arbeiter, deren Sympathien für den Kommunismus im Wachsen begriffen waren, wie ein Donner Schlag geführt. Sie stehen fassungs- und verständnislos dieser Taktik gegenüber.

Diese Tatsache allein zeigt schon, wie schädlich und verhängnisvoll die neueste Wendung der KPD.-Führung ist.

Aber sie ist es noch aus ganz anderen Gründen. In den Reihen der komm. Wählermassen entsteht die gefährliche, echt parlamentarische Illusion, als ob durch einen Sturz der — mit Recht verhassten — Preußenregierung irgend etwas gebessert werden könnte.

In einer Zeit, in der die objektiven Bedingungen herangereift sind, den Kampf um die Macht zu organisieren, in einer Zeit, da es möglich war, die Massen der reformistischen Arbeiter für außerparlamentarische Massenaaktionen gegen die Brüning-Diktatur zu gewinnen und in ganz Deutschland revolutionäre Aktionsausflüsse zu bilden, die in der revolutionären Krise die Basis des Sowjetismus werden können — in einer Zeit voll gigantischer revolutionärer Möglichkeiten, führt der politisch bankrotte Zentrismus die K.P.D. in eine parlamentarische Aktion ins Schlepptau der Faschisten, treibt die rebellierenden S.P.D.-Arbeiter ihren Führern wieder in die Arme und führt die K.P.D. in Verwirrung und in ein Abenteuer, dessen Folgen noch lange nachwirken werden.

Stalin blüht zum Rückzug.

Die Rede Stalins vom 23. Juni übertrifft an Bedeutung, seinem Ruf zu jenem, im Frühjahr 1930, vollzogenen, panisartigen Rückzug von der abenteuerlichen Kollektivierungspolitik. Jetzt gilt der Ruf zum Rückzug der industriellen Front. Herausfordernd ruft Stalin: „Wer entschließt sich zu sagen, daß die Interessen der Beibehaltung dieses auf dem Papier stehenden und entstellten ununterbrochenen Arbeitsprozesses höher stehen, als die Interessen der richtigen Arbeitsorganisation, als die Interessen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, als die Interessen des wirklichen ununterbrochenen Arbeitsprozesses, als die Interessen unserer sozialistischen Industrie? ... je rascher wir diesen auf dem Papier stehenden ununterbrochenen Arbeitsprozeß begraben, um so rascher die Organisation des richtigen, ...“

Wer vor dieser Rede vom „raschen Begraben“ der 5 Tagwoche als Notwendigkeit gesprochen hätte, dem wäre als gelindestes, das Wort konterrevolutionär ins Gesicht geschleudert worden. Das administrative Verordnen, das bürokratische Regime und Prestige treibt die Sowjetunion in immer neue Schwierigkeiten. Um das abenteuerliche, mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten in Widerspruch geratene Tempo — 5 Jahren in vier Jahren — beibehalten zu können, ist das Stalin-Regime gezwungen, einen seiner Fußstapfen, die 5 Tagwoche preis zu geben. Wenn diese Preisgabe offen und ehrlich vor sich ginge, wäre das ein Schritt, den man als Ernüchterung bewerten könnte. In Wirklichkeit wird mit dem „Begraben“ der 5 Tagwoche eine Attacke gegen die russischen Arbeiter geritten. Stalin gab die Losung: „Heraufrücken!“

Um den Inhalt dieser Lösung zu verstehen, müssen wir uns mit den Ursachen, die zu ihr geführt haben, befassen. Mit bedrohlichem Tempo steigern sich in der Sowjetindustrie die Selbstkosten bei gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität der Produkte. Die qualitative Steigerung der Produktion an Bedarfsartikeln (an den großer Mangel herrscht) wird durch die Verschlechterung der Qualität der produzierten Güter weitgemacht. Mit jedem Schritt vorwärts, den die Sowjetwirtschaft macht, steigt die Kurve des Aufwandes und damit die objektiven Schwierigkeiten. Schon bleibt die Schwermetall- und Kohlenindustrie hinterdem im 5. Jahrsplan vorgesehenen Tempo beträchtlich zurück. Die Sowjetwirtschaft ist vor die Tatsache gestellt, daß die bisherigen Quellen der Akkumulation nicht ausreichen, um den Aufbau fortzusetzen. Und damit ist die Stalin-Bürokratie vor die entscheidende Frage gestellt. Wie und woher die notwendigen und stets ansteigenden Mittel zum industriellen Aufbau nehmen? Es melden sich aber auch von einer bisher nicht gekannten Seite erhebliche Schwierigkeiten. Es fehlt an dem wichtigsten: der menschlichen Arbeitskraft. Ist es nicht paradox, daß

ein Reich mit 150 Millionen Einwohnern, deren jährlich um 3 Millionen mehr werden, an Arbeitskräften für die Industrie mangelt.

Wenn nach Stalin die Ursache des Arbeitermangels darin liegt, daß die überschüssige Landbevölkerung, die vor der Kollektivierung durch den Hunger im Dorfe in die Stadt getrieben wurden, jetzt wieder ins Dorf zurückwandert und so den Arbeitsmarkt in den Städten entblüht, so liegt doch die Schlussfolgerung nahe, daß für die große Masse die Lebensverhältnisse auf dem Lande besser sind, als in der Stadt. Dafür spricht auch die von Stalin behauptete Tatsache der Fluktuation der Arbeitskraft: „sie wächst und wird stärker. Jedemfalls gibt es bei uns (Sowjetunion) wenige Betriebe, in denen im Laufe von einem halben Jahr oder sogar einem Vierteljahr nicht mindestens 30 bis 40 Prozent der Arbeiter gewechselt hätte.“ (Stalin.) Als Ursache dieser Fluktuation in den Betrieben führt Stalin die Nivellierung der Löhne an und stellt die Forderung auf, daß in Zukunft ein scharfer Strich zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern bezüglich der Entlohnung gezogen werden müsse. Damit ist der Sinn der Losung „Heraufrücken“ klar. Statt die Lage des gesamten russischen Proletariats wirtschaftlich und kulturell zu heben, greift Stalin zu den lohnpolitischen Methoden des Kapitalismus: bevorzugt einen Teil der Arbeiter auf Kosten der großen Mehrheit.

Aus der amtlichen Lohnentwicklungstabelle (Stat. Zentralb. 1928, S. 545) ist eher eine Differenzierung als Nivellierung im Lohnsystem der Sowjetunion ersichtlich. Von 769.000 im Jahre 1928 von der Statistik erfassten Arbeitern haben verdient bis zu 30 Rubel im Monat 4,5 Prozent von Hundert, von 30 bis 40 Rubel 9,2, von 40 bis 50 Rubel 12,9, von 50 bis 60 Rubel 14,8, von 60 bis 70 Rubel 13,5, von 70 bis 80 Rubel 11,2, von 80 bis 90 Rubel 8,6, von 90 bis 100 Rubel 6,4, von 100 bis 150 Rubel 15,4, über 150 Rubel 4,0. Danach haben zwei Drittel ein Durchschnittseinkommen von 60 Rubel bezogen und nur ein Drittel erreichte einen Verdienst von 90 Rubel monatlich. Dieses Verhältnis hat sich, soferne es den Reallohn betrifft, bis heute nicht verändert, eher verschlechtert. Weder die gesteigerte Arbeitsintensität, die im Laufe der Jahre und insbesondere durch das administrative Stokkrupensystem gewaltig gesteigert wurde, noch die notwendige Hebung des Lebensstandards mit dem Wachstum der Wirtschaft fand im Reallohn seine Auswirkung.

Statt die wirtschaftliche und kulturelle Lage des gesamten Proletariats zu heben, statt das Kriterium für den sozialistischen Aufbau der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeitskraft zuzuwenden, schafft Stalin eine Kluft zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern und verbindet damit eine Reihe von Maßnahmen administrativer Natur, um die Verantwortlichkeit der russischen Arbeiter im Produktionsprozeß zu heben. Gleichzeitig befeitigt Stalin die letzten Reste der kollektiven Leitung der Industrie und ersetzt dieselbe restlos durch die Heranziehung der bürgerlichen produktions-technischen Intelligenz.

Das sind jene Elemente, die im Zusammenhang mit dem Schachy- und Industrieprozeß wegen Sabotage aus den Betrieben und der Verwallung vertrieben wurden. Ehe Stalin die Volkswirtschaft-Demokraten aus den Isolatoren, Kerkern und der Verbannung zur Mitarbeit heranzieht, liefert er die Leitung der Betriebe und der Wirtschaft den Saboteuren von Gestern aus. Nicht umsonst setzt die Weltbourgeoisie auf den „neuen“ Kurs Stalins die größten Hoffnungen.

Damit ist die Allmacht der Zwang und Bürokratie auch in der Industrie völlig legalisiert. Die Gewerkschaften sind zu Hilfsorganen der Bürokratie degradiert, ihr Einfluß auf Lohn- und Arbeitsfragen ist gleich Null.

Mit dem „neuen“ Kurs ist aber auch die oben aufgeworfene Frage, woher die ansteigenden Mittel zum industriellen Aufbau nehmen, wie die Akkumulation fördern, beantwortet. Die völlige Ausschaltung der Arbeiter von der direkten Leitung der Betriebe und der Wirtschaft, der reiblose Übergang von der kollektiven Verwaltung zum System der individuellen Leitung, die Klassifizierung in qualifiziert und unqualifiziert entlohnte Arbeiter auf Kosten einer generellen Senkung des Lebensniveaus (wobei eine Scheidung zwischen Leitung und Qualifikation im optimalen Umfange auch in Zukunft unerlässlich ist), die geplante beschleunigte Mechanisierung (Rationalisierung) des Produktionsapparates und der Kurs auf die Wirtschaftlichkeit der Produktion unter der Leitung der Bürokratie, bei völliger Ausschaltung der proletarischen Initiative und Kontrolle wälzt wieder die Lasten auf das Proletariat. Der sozialistische Aufbau wird erhungert.

„Das Lebensniveau der Arbeiter und ihre Rolle im Staate ist das höchste Kriterium der sozialistischen Erfolge. Die hohen Industrialisierungstempos können nicht lange anhalten, wenn sie auf übermäßiger Anspannung beruhen, die zur physischen Abnutzung der Arbeiter führt. Ständiger Mangel an den allerwichtigsten Lebensmitteln und andauernder Alarmzustand unter der Anuse der Administration gefährdet den ganzen sozialistischen Aufbau. Mit Hilfe der Formel „einholen und überholen“ führt die Bürokratie teils sich selbst, hauptsächlich aber die Arbeiter irre hinsichtlich der erreichten Etappe und bereitet eine scharfe Krise der Enttäuschung vor.“ Diesen Worten Trotski (Aus Probleme der Entwicklung der U.S.S.R.) wäre noch hinzuzufügen, daß der „neue“ Kurs Stalins offensichtlich staatskapitalistische Methoden in sich birgt. A. D.

Hungerland Oesterreich.

War schon der Zusammenbruch der Kreditanstalt vor allem in der Schweiz, von der die österreichische Industrie ergriffen ist, zu suchen, so spitzt sich die Lage trotz der Notstands-Zanierung immer mehr zu einem völligen Absterben zu. Die Außenhandelsstatistik des Bundes berichtet von einem katastrophalen Rückgang des Außenhandels. Der Wert der Einfuhr ist im ersten Halbjahr 1931 gegen 1930 um 296 Millionen, der Wert der Ausfuhr um 274 Millionen Schilling zurückgegangen. Besonders die Einfuhr von Lebensmitteln und lebenden Tieren ist stark zurückgegangen, was auf den allgemeinen Konsumrückgang infolge der Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Derselbe ist um ein Viertel größer als im Vorjahre und trotz der Sommerfaison im nächsten Maßstab begriffen. Der Rückgang der Ausfuhr beträgt 30 Prozent gegenüber dem Vorjahre, das ohnehin schon ein ausgesprochenes Krisenjahr gewesen ist. Im Vergleich mit den Jahren 1929 ist die Ausfuhr von Rohstoffen und Fertigwaren um zwei Fünftel zurückgegangen. Diesem Maße entspricht auch die Beschäftigung in der Industrie. Die Metallindustrie war im Juni nur noch zu 23,5 Prozent ausgelastet. Die Holzindustrie nur zu 47,6 Prozent und die Walzwerke zu 48,5 Prozent. Nach dem Auftragsstand in der Eisenindustrie dürfte in den nächsten Monaten nur mit 17,8 Prozent der normalen Produktionskapazität gearbeitet werden. Die Folge davon ist die völlige Stilllegung der Schwerindustrie. Die Alpine stellt voranschreitend am 14. August die Arbeit am Geyberg vollständig ein. 800 Arbeiter, die schon ein Jahr lang nach vier Wochen Arbeit zwei Wochen feiern mußten, werden jetzt voll beschäftigt. (Diese Maßnahmen ist nicht zu-

legt von politischen Gesichtspunkten geleitet.) Ähnlich sieht die Lage (mit geringen Ausnahmen) in der übrigen Industrie.

Alle Lebensmittel, vor allem Brot und Mehl, stehen vor gewaltigen Preiserhöhungen als Folge der Zollerhöhungen. Der Höhepunkt der Teuerung, Massenarbeitslosigkeit und des Hungers ist noch lange nicht erreicht. Neuerliche Notstandsstilllegungen stehen im Zuge der Notstands-Zanierung und des hohen Bankzinsfußes bevor. Die Lage wird unerträglich. Nur der Kommunismus zeigt den Ausweg.

Unternehmervorstoß in den Grazer Metallbetrieben.

Trotz des Fallens des Reallohnes, hervorgerufen durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und des Mietzinses am 1. August, geben die Unternehmer zum Angriff über, um die Löhne 10—15 Prozent zu kürzen.

Die Unternehmer fordern unter anderem die Annahme folgender Verschlechterungen der Kollektivverträge: Überstundenarbeit soll erst nach geleisteten 48 Arbeitsstunden entlohnt werden, und nicht wie bisher, jede über die täglichen Arbeitsstunden geleistete Arbeitszeit. Das gegläubte Ausmaß für Überstunden und Feiertagsarbeit soll von 50 auf 28 Prozent herabgesetzt werden. Der Urlaub soll überhaupt aus dem Vertrag gestrichen werden. Dergleichen die Kündigungsfrist.

Auf was stützen die Unternehmer ihre Offensive? Einzig und allein auf die Tatsache, daß sie von den reformistischen Gewerkschaftsführern keinen ernstlichen Widerstand erwarten. Wo aber bleiben die Stalin-Kommunisten? Sie haben sich — bei den günstigen objektiven Verhältnissen — bei den Arbeitern in den Betrieben anstatt zu verwurzeln entwurzelt.

Schwer rächt sich ihre Taktik bei den Betriebsratswahlen in 1930. Eine Position nach der anderen ging verloren, die Betriebe wurden gesäubert von Kommunisten und Faschisten machen sich breit an deren Stelle.

Arbeiter! Laßt euch nicht ein auf die Argumente der Reformisten, die dem Kampf durch friedliche Deilegung die Spitze brechen wollen, und durch Kompromisse eure Lage noch mehr verschlechtern. Ebenso gefährlich ist es, wenn ihr euch zu unvorbereiteten Teilaktionen hinreißen laßt, die nur mit Erfolglosigkeit enden müssen. Nur wenn ihr euch ohne Unterschied und über die Köpfe der Reformisten hinweg einseitlich zum Massenwiderstand entschließt, werdet ihr erfolgreich kämpfen. Nieder mit dem Lohnraub. Es lebe der revolutionäre Arbeiterkampf!

Die Müller-Internationale leidet.

Was dieser Internationaler Sorge macht, ist nicht die Mobilisierung des proletarischen Widerstandes gegen die kapitalistische Offensive, ist nicht die Organisation der revolutionären Front zum Sturze des bankrotten Kapitalismus, ist nicht die Entfaltung des Bürgerkrieges gegen den drohenden imperialistischen Krieg, sondern, wie sind die imperialistischen Interessen jedes Staates auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, wie ist dem todkranken Kapitalismus zu helfen, wie die revolutionäre Front zu zerbrechen. Nach einigen Berüberungsstomödien und der organisierten Huldigung der versammelten Minister und Würdenträger durch die Arbeiter-Olympiade geht das Festsitzen zwischen den Interessen der Staaten, die die gewesenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Minister und Würdenträger vertreten, los. Otto Bauer hielt das politische Referat nicht vor dem Forum des Kongresses, sondern in der politischen Kommission. Ihm antwortete Grumbach (Frankreich), schreibt die „N.Z.“ vom 29. Juli. Die Herrschaften getrauen sich nicht vor die

Massen mit ihren Gegnern, sie müssen sich erst auf nichtesagende Phrasen einigen, worauf dann jeder - sich auf die Phrasen berufend - in seinem Lande tut, was „er“ will. Wie unter Zarenmännern üblich, gilt es vor allem, den deutsch-französischen Gegensatz zu ordnen. Blum (Frankreich) schloß seine Rede mit der Versicherung, alles daranzusetzen, um „den Zusammenbruch Deutschlands und damit der gesamten europäischen Kultur zu verhindern“. („N.-Z.“ vom 29. Juli.) Für diese Herren ist die proletarische Revolution „Zusammenbruch der Kultur“. Und der Billudity-Sozialist Liebermann schloß sich den Ausführungen Blums an. Polen ist ja der Kettenhund Frankreichs, daher haben auch die Polaken dieselbe Meinung. Nur in einem herrscht auf diesem Kongreß Einheit: Im Kampf gegen den Volksewionud. Der Schatten von 1914 überdeckt angelehnt des drohenden Krieges diese Panzerkreuzer-Sozialisten. In einer diplomatisch gehaltenen Resolution appellieren diese Herren an den Völkerbund, er möge im Wege internationaler Vereinbarungen (Abklärungskonferenzen) für die Herabsetzung der Rüstungen, Verbot der ballistischen und chemischen Rüstungen und die Beseitigung der Luftflotten wirken. Das heißt: die Völkler sollen sich selbst die Zähne ziehen. Praktisch stimmen aber die französischen, englischen und deutschen Parlamentarier und Minister dieser Panzerkreuzer-Internationale seit 1914 für das Heeresbudget ihrer Regierungen. Der Bankrott der 2. Internationale hat sich 1914 endgültig vollzogen: das, was sie noch erhält, ist die Gunst der Bourgeoisie als Lohn für ihre konterrevolutionäre Rolle in der Arbeiterbewegung.

Trotzki über „Volkrevolution“.

Das Stalin-Regime erlehnt dem Faschismus die Lösungen Volksmobilisierung usw. Genosse Trotzki charakterisiert diese Lösungen vom marxistischen Standpunkt. (Komm. v. Red.)

Damit die Nation in der Tat um die neue Klassenachse aufgebaut werden kann, muß sie sich geistig umstellen, aber das ist nur in dem Fall zu erreichen, wenn das Proletariat, ohne sich im „Volk“, in der „Nation“ aufzulösen, im Gegenteil sein Programm, das Programm der proletarischen Revolution entfaltet, und das Kleinbürgertum zwingt, zwischen zwei Regimes zu wählen. Die Parole der „Volkrevolution“ will das Kleinbürgertum ein, ebenso breite Schichten der Arbeiter, verführe sie mit der bürgerlich-hierarchischen Struktur des „Volkes“, verlangsam ihre Befreiung. Bei den jetzigen Verhältnissen in Deutschland verweist die Parole der „Volkrevolution“ die ideologischen Grenzlinien zwischen Marxismus und Faschismus, verführe einen Teil der Arbeiter und das Kleinbürgertum mit der Ideologie des Faschismus, indem sie ihnen ermöglicht, zu glauben, daß es gar nicht nötig sei, sich zu entscheiden, denn dort und hier handle es sich um die Volkrevolution. Diese unseitigen „Revolutionäre“ denken beim Zusammenstoß mit jedem ernstlicheren Feind zuerst daran, sich ihm anzupassen, seine Farben anzunehmen und durch einen geschickten Trick, nicht aber durch den revolutionären Kampf, die Massen zu erobern.

Über revolutionäre Politik und Moral.

Wir haben uns schon oft mit Trosky befaßt, sicherlich mehr, als es der zahlenmäßigen Bedeutung seiner völlig zusammengebrochenen Gruppe entspricht. (Sein Freund Kermeyer sagt in einem Brief, daß die Eggenberger Gruppe auf 10 Prozent ihres Bestandes zusammengebrochen ist.)

Dieser planmäßige Kampf gegen Trosky muß bewegungslos geführt werden, weil Trosky mit seinen kleinbürgerlichen, gänzlich unmoralischen Konfusionen, die auf

Schritt und Tritt den außer sich geratenen ehemaligen Revolutionären verraten, von der Parteibürokratie als Abschwächungsmittel benutzt wird. „Leht, das ist die Linksoption“ schreiben die Benedikt, Kopenig & Co. und weisen auf die Schwägerlein Trosky hin. So wurde uns kürzlich bei einer Diskussion in Graz von einem Stalinisten die „Arbeiterstimme“ Nr. 79 vorgehalten, in der Trosky zum 7. Male „beweist“, daß der Stalinismus die russische Ausgabe des Nationalsozialismus sei. Trosky schreibt: „Beide bestehen einander gegenseitig: der deutsche und der russische Nationalsozialismus. Sie sind Konkurrenten, aber grundsätzlich auf dem gleichen Boden, nämlich dem des Nationalsozialismus, nur gehen die einen aus vom deutschen, die anderen vom russischen Nationalismus.“

Der deutsche Nationalsozialismus ist bekanntlich ein klassischer Vertreter des Faschismus. Stünde der Stalinismus „grundsätzlich auf dem gleichen Boden“, dann wäre er die russische Ausgabe des Faschismus. Eben das ist die Meinung Kautskys, der Anarchisten, alle Feinde des revolutionären Marxismus. In Wirklichkeit unterscheidet sich die nationale Beschränktheit des Stalinismus vom nationalen Chauvinismus des Faschismus in grundsätzlicher Beziehung. Der Stalinismus ist eine Entartungserscheinung in der proletarischen Klasse, in der revolutionären Partei, ein Nachgeben ideologisch nicht gefestigter proletarischer Schichten dem Trude der kleinbürgerlichen Ideenwelt.

Der Nationalsozialismus (Faschismus) ist die imperialistische Massenbewegung in den Kleinbürgerlichen Massen unter dem Kapitalismus, er ist die Partei der offenen und entschlossenen Konterrevolution, seine historische Aufgabe besteht darin, die Kleinbürgerlichen Massen, die vom Großkapital ruiniert werden, zum Sturm gegen das Proletariat zu führen und so das Kleinbürgertum von neuem zur festen Stütze des Finanzkapitals zu machen.

Die Politik Trosky, die diese „Keinen Unterschiede“ ignoriert, steht in schroffem Gegensatz zur Politik des revolutionären Marxismus. Wir überlassen es Verführern und Opportunisten, diese politischen Differenzen zu leugnen, zu vertuschen, mit einer Handbewegung zu übergehen --

Ist die Politik Trosky Ausdruck seines organischen Menschewismus, seines Opportunismus (Trosky schreibt am 5. Mai 1931: „Im Grunde ist er (Trosky. Komm. v. Red.) Autro-Opportunist“). Er hat lange gebraucht, bis sich Genosse Trosky von der Wichtigkeit unserer Einschätzung überzeugte und sich von seinen Illusionen gelöst hat. Zwei Tage, bevor Trosky aus der Internationalen Linksoption austrat, schrieb Gen. Trosky noch an Wille, daß Trosky der richtige Mann in Oesterreich sei! Es ist nur bedauerlich, daß Gen. Trosky nicht öffentlich die Konsequenzen auf keinen Illusionen und Fehleinschätzungen gezogen hat), so ist seine „Moral“ widerlichste jesuitische Heuchelei. Wenn er, statt den Kampf gegen die Parteibürokratie sachlich und politisch zu führen, die übelste Korruptionshege betreibt, wann er sich konsequent als bei berufsmäßige Arbeiter und Kugriker niedrigster Instanz und der Minderständigkeit der Parteimitgliedschaft erweist, dann scheint es uns angebracht, ihm in dieser Beziehung in seinem eigenen Interesse etwas Zurückhaltung zu empfehlen; die Handlungen Trosky stimmen doch nicht so ganz mit der Sittensitte eines Plato überein, die er vordrückt. Wir wünschen nicht die Politik auf dieser Ebene, wir wünschen aber in erster Linie nicht, daß die schmutztriefenden Methoden Trosky die kommunistische Bewegung in Oesterreich diskreditieren.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gastengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Novaragasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) Druck: „Uria“, Wien, 2. Bez., Tabakstraße 52b.